## S 5 RJ 172/99 A

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 16
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 5 RJ 172/99 A Datum 02.05.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 16 RJ 583/00 Datum 21.02.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 02.05.2000 wird  $zur\tilde{A}^{1}\!/_{4}ckgewiesen$ .
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Streitgegenstand ist die GewĤhrung von Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit ab Rentenantragstellung am 22.04.1996. Die am â□¦1945 geborene KlĤgerin jugoslawischer Staatsangehörigkeit ist in Jugoslawien wohnhaft. In Deutschland hat sie zwischen Januar 1970 und August 1977 Versicherungszeiten zurückgelegt und ist laut Auskunft des Hauptarbeitgebers als ungelernte Arbeiterin in der Textilindustrie beschäftigt und entlohnt worden. Jugoslawische Versicherungszeiten hat sie Ã⅓ber ca. fÃ⅓nf Jahre bis März 1984, von Mai 1984 bis Januar 1985 und von Juni 1987 bis August 1987 erworben. Seit 13.02.1997 bezieht sie jugoslawische Invalidenrente. Auf ihren Rentenantrag vom 22.04.1996 war sie von der jugoslawischen Gutachterstelle am 31.03.1997 untersucht und ab 13.02.1997 fÃ⅓r invalide befunden worden. Die Beklagte lehnte am 12.05.1997 eine Rentenbewilligung mangels ErfÃ⅓llung der besonderen

versicherungsrechtlichen Voraussetzungen ab. Den dagegen erhobenen Widerspruch vom 28.08.1997 nahm die KlAzgerin wegen Verfristung zurA¼ck und beantragte gleichzeitig die ̸berprüfung des ablehnenden Bescheids gemäÃ∏ § 44 SGB X. Auf ihren Widerspruch gegen den eine RentengewĤhrung erneut ablehenden Bescheid vom 14.11.1997 wurde sie vom 13.07. bis 15.07.1998 in der ̸rztlichen Gutachterstelle Regensburg stationär untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass sie wegen ̸berfunktion der Schilddrüse ab Rentenantragstellung zu keiner regelmĤÄ∏igen ErwerbstĤtigkeit mehr in der Lage sei. Den Widerspruch wies die Beklagte am 28.07.1998 mit der Begründung zurück, die Klägerin sei zwar erwerbsunfähig, aber die besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen fehlten. Zusammen mit der Klageschrift übersandte die Klägerin am 28.09.1998 das Gutachten eines jugoslawischen Gesundheitszentrums von September 1998, in dem es hei̸t, anamnestisch bestünden die Schilddrüsenprobleme seit fünf Jahren. Nach der Aufforderung, Unterlagen aus der Zeit vor 1987 zu übersenden, teilte die Klägerin mit, keine Befunde zu besitzen, obwohl sie regelmÃxÃ∏ig wegen Herzproblemen in Behandlung gewesen sei; die Ä $\sqcap$ rzte h $\tilde{A}$  $\bowtie$ tten bereits alles geschrieben. Das Sozialgericht wies die Klage am 02.05.2000 ab. Es lĤgen keine Anhaltspunkte für eine ErwerbsunfĤhigkeit vor Februar 1987 vor, da der Rentenantrag erst 1996 gestellt worden sei, bis August 1987 tatsÄxchlich eine BeschÄxftigung ausgeļbt worden sei und die SchilddrA¼senkrankheit erst ab den 90-er Jahren bekannt sei. Gegen das am 07.08.2000 zugestellte Urteil legte die KlAzgerin am 24.08.2000 Berufung ein. Sie machte geltend, die Ablehnung erscheine ihr angesichts der vorliegenden Unterlagen unbegreiflich; in Jugoslawien sei sie arbeitslos gemeldet gewesen bzw. habe privat gearbeitet; sie trage keine Verantwortung fÃ1/4r die Nichtmeldung durch Arbeitgeber; seit drei Jahren sei sie zu jeglicher Arbeit unfähig. Die Klägerin beantragt sinngemäÃ∏, das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 02.05.2000 aufzuheben und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheids vom 14.11.1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 28.07.1998 zu verurteilen, ab 01.05.1996 Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit zu gewähren.

Die Beklagte beantragt die ZurĽckweisung der Berufung.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf den Inhalt der Beklagtenakten, der Akten des Sozialgerichts Landshut sowie der Berufungsakten Bezug genommen.

## $Ent scheidung sgr \tilde{A} \frac{1}{4} nd e:$

Die statthafte, form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulĤssig, erweist sich jedoch als unbegründet. Das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 02.05.2000 ist ebenso wenig zu beanstanden wie der Bescheid der Beklagten vom 14.11.1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 28.07.1998. Die Klägerin hat keinen Anspruch auf Rente wegen Erwerbsunfähigkeit. Rechtsgrundlage für die von der Klägerin angestrebte Erwerbsunfähigkeitsrente ab der erstmaligen Antragstellung am 22.04.1996 ist § 44 SGB VI in der bis 31.12.2000 geltenden Fassung. Danach ist neben der Erfüllung der allgemeinen Wartezeit und dem Vorliegen von Erwerbsunfähigkeit das Vorhandensein von drei Jahren mit

PflichtbeitrĤgen für eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit in den letzten fýnf Jahren vor Eintritt des Versicherungsfalls vorausgesetzt (§Â§ 50 Abs.1, 51 Abs.1, 44 Abs.1 Satz 1 Nr.1, 44 Abs.1 Satz 1 Nr.2 und 3 SGB VI). Die letztgenannte Voraussetzung erfüllt die Klägerin nicht. Unstreitig ist sie seit der Rentenantragstellung 1996 au̸erstande, einer regelmäÃ∏igen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Dies ergibt sich aus dem ausführlichen Gutachten der Ã∏rztlichen Gutachtensstelle in Regensburg, in der die KlAzgerin stationAzr untersucht worden ist. In ̸bereinstimmung mit den Ã∏rzten der Invalidenkommission in Jugoslawien halten die deutschen Gutachter die Klägerin wegen der medikamentä¶s unzureichend kompensierten Ä\|\text{berfunktion der Schilddr\tilde{A}\'\{\parallelase in ihrer LeistungsfĤhigkeit für erheblich eingeschränkt. Sie ist nicht in der Lage, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt unter betriebsüblichen Bedingungen einer regelmäÃ∏igen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Trotz der unstreitig bestehenden ErwerbsunfĤhigkeit ab Antragstellung im April 1996 ist ein Rentenanspruch nicht begrýndet. Er scheitert daran, dass die erforderlichen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Im danach maÃ∏geblichen Fünfjahreszeitraum vom 21.04.1991 bis 21.04.1996 hat die Klägerin keine Pflichtbeitragszeiten zurļckgelegt. Der letzte Pflichtbeitrag wurde in Jugoslawien im August 1987 entrichtet. Der Zeitraum von fA¼nf Jahren vor Eintritt der Minderung der ErwerbsfĤhigkeit verlĤngert sich nicht um etwaige Zeiten der Arbeitslosigkeit in Jugoslawien. Laut dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen FĶderativen Republik Jugoslawien werden für den Erwerb des Leistungsanspruchs nur anrechnungsfähige Versicherungszeiten des anderen Vertragsstaates angerechnet (Art.25). Versicherungszeiten hat der jugoslawische RentenversicherungstrĤger aber nur bis August 1987 bescheinigt. Unterlassene Meldungen etwaiger Arbeitgeber gehen daher zu Lasten der KlAxgerin.

PflichtbeitrĤge für eine versicherte BeschĤftigung oder Tätigkeit vor Eintritt der Erwerbsunfähigkeit sind für Versicherte nicht erforderlich, die vor dem 1. Januar 1984 die allgemeine Wartezeit erfüllt haben, wenn jeder Kalendermonat vom 1. Januar 1984 bis zum Kalendermonat vor Eintritt der Erwerbsunfähigkeit mit Anwartschaftserhaltungszeiten belegt ist. Für Kalendermonate, für die eine Beitragszahlung noch zulässig ist, ist eine Belegung mit Anwartschaftserhaltungszeiten nicht erforderlich (§ 241 Abs.2 SGB VI). Diese Ausnahmevorschrift kommt für die Klägerin deshalb nicht in Betracht, weil im April 1984, von Februar 1985 bis Januar 1987 und ab September 1987 nicht belegte Lücken bestehen, für die ein freiwilliger Beitrag gemäÃ∏ § 197 Abs.2 i.V.m. § 198 Satz 1 SGB VI im Nachhinein nicht gezahlt werden darf. Eine etwaige Berechtigung zur Nachentrichtung freiwilliger Beiträge ab dem Jahr der Rentenantragstellung 1996 ist daher nicht geeignet, einen Rentenanspruch zu begründen.

Im Hinblick auf die besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen wäre ein Anspruch der Klägerin nur begründet, wenn der Versicherungsfall der Erwerbsunfähigkeit spätestens am 31.01.1987 eingetreten wäre. Fehlende Unterlagen aus den Jahren 1986 und 1987 schlieÃ□en jedoch die Annahme aus, dass die Klägerin damals bereits nur untervollschichtig einsatzfähig war. Zudem

war die Klägerin in ihrer Heimat von Juni bis August 1987 noch versicherungspflichtig beschäftigt und in der Folge offensichtlich auch noch ohne Meldung durch den Arbeitgeber. Die anamnestischen Angaben in sämtlichen medizinischen Befunden deuten darauf hin, dass die fù¼r die deutliche Leistungsminderung verantwortliche Schilddrù¼senerkrankung erst in den 90-er Jahren aufgetreten ist. SchlieÃ□lich hat die Klägerin auch erst im April 1996 Rente beantragt und der jugoslawische Rentenversicherungsträger hat Invalidität erst ab 13.02.1997 bejaht. Aus den gleichen Grù¼nden scheitert auch der hilfsweise zu prù¼fende Anspruch auf Berufsunfähigkeitsrente. Mangels Kenntnis des Leistungsvermögens Anfang 1987 ist eine Aussage darù¼ber, ob die Klägerin ihre in Deutschland ausgeù¼bte Tätigkeit in der Textilindustrie oder eine vergleichbare Tätigkeit noch ausù¼ben konnte, nicht möglich. Die Frage eines etwaigen Berufsschutzes stellt sich also nicht, zumal die Klägerin eindeutig als ungelernte Arbeiterin beschäftigt und entlohnt war.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Anhaltspunkte daf $\tilde{A}^{1}/_{4}r$ , die Revision zuzulassen, sind nicht gegeben.

Erstellt am: 13.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024